

25.05.2003 - 10:57 Uhr

Türkische Schülerinnen und Schüler dienen der staatlichen Leugnungspolitik

Bern (orts) -

Am 14. April 2003 erliess der türkische Erziehungsminister eine Weisung an alle Primar- und Sekundarschulen des Landes, wonach die Schülerinnen und Schüler die Ausrottung der Armenier, der chaldäischen Assyrer und der Pontus-Griechen zu leugnen haben. Gemäss dieser Weisung soll anhand von Konferenzen und "Zeugenberichten" nachgewiesen werden, dass eine Ausrottung der Minderheiten in der Türkei nie stattgefunden habe. Die Schülerinnen und Schüler sind gehalten, Aufsätze über den "Kampf gegen die Anschuldigungen des Völkermordes" zu verfassen, wobei Formulierungen wie "die Türken haben Armenier ermordet" verboten sind. Erste Berichte der Schulen sind den regionalen Statthaltern des Ministeriums bis Ende Mai 2003 einzureichen.

Die GSA ist entrüstet über diese neue Welle in der türkischen Leugnungspolitik, eine Politik, die den Bürgern vorschreibt, die begangenen Verbrechen von universeller Tragweite systematisch zu leugnen. Diese Strategie entlarvt die Schwächen der Leugnungspolitik und gesteht sie gleichermaßen ein.

Diese Offensive, mitten ins Herzen der Institution, deren Aufgaben die Vermittlung von Kultur und die Erziehung sind, ist ein skandalöser Angriff auf die Meinungsäusserungsfreiheit und verfälscht die Geschichte aufs Gröbste.

- Die GSA stellt fest, dass die Verachtung und Unterdrückung von nichtmuslimischen Minderheiten anhält; dies trotz der Annäherung zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Das Recht auf Erinnerung wird den betroffenen Gemeinden weiterhin verwehrt.
- Die GSA streicht hervor, dass die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern durch die offizielle Schweiz umso dringender ist ;
- Sie erwartet von der politischen und kulturellen Schweiz eine dezidierte und eindeutige Stellungnahme zu diesem Schlag gegen die Erinnerung an den Völkermord von 1915.

Kontakt:

Gesellschaft Schweiz-Armenien - GSA
Sarkis Shahinian
Mobile: +41-(0)76-399'16'25

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001660/100463368> abgerufen werden.